

Agrar: Der Aufmarsch zum letzten Gefecht?

Salzburger Professor beleuchtet die Agrargesetze: Eine Rückführung wäre nicht verfassungswidrig.

■ BEZIRK (sik). Kommt nun Bewegung in die Causa Agrargemeinschaft? Wenn es nach dem Tiroler Gemeindeverband geht, muss sich rasch etwas ändern. „Ich habe bewusst einen Nichttiroler Experten mit der Durchleuchtung der Höchstgericht-Erkenntnisse beauftragt. Wir hoffen nun, eine Beschleunigung für die Lösung in dieser Frage zu erreichen“, sagt GV-Präsident Ernst Schöpf.

Univ. Prof. Harald Stolzlechner,



„Die Agrarbehörde setzt die Erkenntnisse zu zögerlich um!“

UNIV. PROF. STOLZLECHNER

Foto: Krabichler

Experte für öffentliches Recht an der Universität Salzburg, kommt in seinem 126-seitigen Gutachten zur Auffassung, eine Rückführung von Agrar-



„Es muss endlich was weitergehen“, fordert GV-Präsident Ernst Schöpf.

Foto: Krabichler

gemeindegut in Gemeindegut wäre nicht verfassungswidrig. „Ein zu beschließendes Landesgesetz mit einigen Paragraphen müsste reichen, um dem Rechtsstaat endlich zum Durchbruch zu verhelfen“, erklärt Stolzlechner.

Er sieht sowohl in der Bildung der Agrargemeinschaften als auch in deren Rückführung in Gemeindegut zwar jeweils eine Enteignung, „aber eine Enteignung nur zur Vermögensbildung ist verfassungswidrig“, sagt er eindeutig.

Demnach wären die Agrargemeinschaften aus Gemeindegut alle verfassungswidrig und müssten rasch ins Gemeindegut rückgeführt werden. „Auch das wäre eine Enteignung, aber zum Schutz des Gemeindevermögens rechtlich zulässig“, sagt Stolzlechner. Auch der „Überling“, der Überschuss aus land- und forstwirtschaftlicher Nutzung, stehe eindeutig den Gemeinden zu.

Insgesamt kritisiert der Fachmann die Arbeit der Agrarbehörde. „Die Gesetze wären vorhanden, die Vollstreckung liegt im Argen“, so Stolzlechner. Für Ernst Schöpf ist der Weg vorerst klar. „Ich werde die Analyse der Landesregierung vorlegen, mit diesem Wissen muss endlich Bewegung in die Sache kommen.“

Schützendeckung erhält Schöpf von den Grünen. „Dieses Rechtsgutachten stützt die Rechtsmeinung der Grünen“, sagt Klubobmann Georg Willi. Fritz Dinkhauser fordert die ÖVP auf, endlich zu agieren und das Unrecht zu beenden.

Die gesamte Analyse finden Sie unter www.meinbezirk.at/marend